

Bern, 09. Februar 2015

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 08. März 2015 beschlossen:

Nein zur Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“:

Die Initiative verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen vollumfänglich steuerfrei sind. Diese belaufen sich in jedem Kanton auf mindestens Fr. 200 respektive Fr. 250. Eine solche Entlastung bei den Einkommen hätte für den Fiskus Ausfälle in der Höhe von einer Milliarde Franken (die Kantone ca. 760 Millionen und der Bund ca. 200 Millionen) zur Folge, wobei insbesondere mit Schulden behaftete Kantone davon betroffen wären. Zudem verhilft das Anliegen lediglich den finanzstarken Familien zu einer spürbaren Wohlstandssteigerung, zumal bereits mit den heutigen zahlreichen Abzugsmöglichkeiten rund die Hälfte der Haushalte mit Kindern aufgrund tieferer Einkünfte keine direkte Bundessteuer bezahlt. Auch die Schweizer Demokraten (SD) erkennen sowohl die demografische Situation der Schweiz als auch die finanziellen Bedürfnisse, welche für werdende Eltern entstehen. Daher sollten im Rahmen einer nachhaltigen Familienförderung die kantonalen Zulagen flächendeckend auf ein wirksames Niveau angehoben werden. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“:

Mit diesem Anliegen wollen die Initianten eine Energiesteuer als Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energieträgern einführen. Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer, welche die wohl wichtigste Einnahmequelle des Bundes (über ein Drittel sämtlicher Einkünfte) darstellt, abgeschafft werden. Daraus entstünden überdurchschnittlich starke Preisanstiege, zumal die Mehrwertsteuer sonst nicht ohne Verluste für den Fiskus zu ersetzen wäre. Könnte man tatsächlich die Förderziele mittel- oder langfristig erreichen, so bliebe nur noch die Möglichkeit einer teilweisen Besteuerung von ökologischen Energieformen, was nicht im Geringsten dem ursprünglichen Zweck der Reform entsprechen würde. Letztlich müssten einkommensschwache Haushalte bezüglich ihres Budgets prozentual am meisten bezahlen. Die Schweizer Demokraten (SD) respektieren die gute Absicht dieses Begehrens und befürworten auch die vom Bundesrat beschlossene Energiewende. Eine Finanzierung mithilfe zusätzlicher Mittel aus der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV), Energieabgaben mit der Möglichkeit einer Rückerstattung sowie Fördermassnahmen für Motorfahrzeuge mit tiefem Treibstoffverbrauch sind anzustreben. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

SD-Zentralvorstand